

dem der Glaube an Gott fehlt, redet, oder selbst auch nur da, wo es sich um das Wissen handelt, daß Leid nur dann Kraft gibt, wenn es den Menschen gelingt, „im Erdreich ihres Schmerzes Wurzel zu fassen“. Dennoch ist hier eine Nähe der Gestimmtheit, auf die wir horchen.

#### *Was bedeutet Camus für uns?*

Aber worin besteht nun eigentlich die Bedeutung eines Buches wie „Die Pest“, das auf die wichtigsten Fragen keine Antwort hat, für den gläubigen Christen? Sie besteht — abgesehen selbstverständlich von seiner künstlerischen und geistigen Kraft, die für alle gilt — in jener tiefen Aufrichtigkeit, die „nicht mogelt“, und zwar nicht mogelt angesichts einer von der furchtbaren Heimsuchung der Pest entstellten Welt, die unerträglich scheint, wenn man sich hinter keine Illusion versteckt. Ehrlichkeit erscheint Rieux-Camus als „die einzige Art, gegen die Pest zu kämpfen“, Ehrlichkeit nämlich in der Anerkennung ihres Wesens. Und die Pest ist ja nur „eine Art der Gefangenschaft, durch die eine andere dargestellt wird“, wie Camus Daniel

Defoe als Motto vor seinem Buch zitiert. Sie ist unsere Existenz in der Knechtschaft anonymer Mächte, der Bürokratie, der Abstraktion, des Terrors. Sehr merkwürdig ist, wie auf jenen Ausspruch Rieux' über die Ehrlichkeit sein Gesprächspartner Rambert „mit unvermittelt ernstem Gesicht“ antwortet: „Was ist Ehrlichkeit?“, wie Pilatus fragte: „Was ist Wahrheit?“, und beidemale geht es um das Fundament der menschlichen Existenz.

Camus hatte in seiner ersten Schrift, den „Noces“, gesagt, das erste sei leben, das zweite aber Zeugnis geben. Zeugnis geben und nicht poetisch phantasieren — dabei ist er geblieben. Darum kann er die „Pest“ eine Chronik nennen: sie ist wirklich unsere Welt, von einem unerbittlichen Scheinwerfer beleuchtet, und keines der uns bewegenden Probleme scheint ausgelassen, alle jedoch in einer Art Naturstand, ohne die vorgegebene Lösung, die der Christ im Glauben besitzt oder ahnt und die ihn zuweilen das Wirkliche und die Lebensfragen in ihrer nackten Ausweglosigkeit weniger scharf ins Auge fassen läßt, als er sie hier durch die Aufrichtigkeit Camus' findet.

## Fragen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens

### Nach dem Dekret gegen den Kommunismus

#### Ergebnis seiner Diskussion in der Weltöffentlichkeit

##### *Keine Sensation?*

Der Widerhall, den das Dekret des Hl. Offiziums gegen den Kommunismus in der Weltpresse gefunden hat, habe, so berichtet der römische Sonderkorrespondent der französischen Zeitung „Le Monde“ in Rom, J. d'Hospital, in kirchlichen Kreisen in Rom Verwunderung erregt; ja mehr als das, die lebhafteste Gemütsbewegung der ersten Zeit nach seiner Veröffentlichung sei durch die Reaktionen des Auslandes sehr abgeschwächt worden, von denen viele als ungerechtfertigt und geeignet angesehen würden, den Geist der ausgesprochenen Verurteilung zu fälschen. Man sei betroffen und beklage den Widerhall im politischen Bereich, da das Dekret doch nur — wie immer wieder sorgfältig betont werde — eine normale Äußerung der kirchlichen Autorität über das geltende kanonische Recht sei.

Die meisten katholischen Presseäußerungen betonen ebenfalls, wie schon der Osservatore Romano in dem ersten Kommentar am 17. Juli, daß es sich einmal bei dem Dekret um eine Maßnahme rein religiösen Charakters handelt, sodann, daß es inhaltlich nichts Neues enthält, sondern nur eine Einschärfung schon bestehender Normen ist.

Der Osservatore Romano hebt den ersten Gesichtspunkt besonders scharf hervor, wenn er sagt, das Dekret spreche „nicht von Parteien, von Politik, vom kommunistischen Wirtschaftssystem, sondern vom Kommunismus, von Ideen, von der Lehre, der Dialektik, der Philosophie, von dem sittlichen Verhalten“; ein nach Rom entsandter Sonderberichterstatte der belgischen Zeitung „Lanterne“

weist darauf hin, daß dies gerade das Dekret so weitreichend mache; seine Verurteilung „umfaßt alle politischen Gebilde, wie immer sie auch heißen mögen, deren Grundlage die kommunistische Doktrin ist“.

Den zweiten Gesichtspunkt macht besonders einprägsam P. Oswald von Nell-Breuning SJ in einem durch eine etwas überbetonte Nüchternheit und ein starkes „understatement“ charakterisierten Artikel in der „Neuen Zeitung“ vom 25. Juli klar. Bemerkenswert sei an dem Dekret, so sagt er, weder sein Inhalt noch seine Form, die nur dem im Geschäftsgang der römischen Behörden üblichen folge. „Bemerkenswert ist darum nur das ‚Daß‘ und das ‚Wann‘“. Nun hat jedoch gerade die Tatsache, daß ein so entschiedener Schritt in diesem Zeitpunkt erfolgt ist, den Erlaß zu einem so aufsehenerregenden Ereignis gemacht und ihm publizistisch in etwa den Charakter einer „Sensation“ gegeben. Wenn auch die Weltpresse vielleicht in der sensationellen Aufmachung und Auswertung des Ereignisses zu weit gegangen ist und dadurch dem Verständnis seines religiösen Charakters geschadet hat, so hat sie damit doch in ihrer Weise seine Bedeutung anerkannt.

Im übrigen weist ein Aufsatz des Berichterstatters des NCWC News Service, J. J. Sullivan, darauf hin, daß nach Ansicht der römischen Kirchenrechtler das Dekret auch der Form nach etwas Ungewöhnliches enthalte. Es gebe nämlich auf die erste Frage nicht nur eine allgemeine und allgemeingültige Regelung, sondern auch Erklärungen und Gründe, nämlich daß der Kommunismus materialistisch und antichristlich sei und daß seine Führer sich in Lehre und Praxis als Feinde Gottes, der wahren Religion und der Kirche Christi zeigten. Dies sei in der juristischen Praxis sonst nicht üblich; die Erklärung müsse also eine „theologisch-pastorale“ und nicht als im strikten

Sinne juristische Weisung angesehen werden. Diese Tatsache dürfte wohl noch in besonderer Weise dazu dienen, den religiösen Charakter des Dekrets zu unterstreichen.

### Das „Daß“ und das „Wann“

Die Äußerungen der kirchlichen Kreise und der wichtigsten katholischen Zeitungen über den Charakter des Dekrets haben also keineswegs — wie einige Stimmen der Linkspresse sogleich triumphierend feststellen zu müssen glaubten — die Absicht, die Bedeutung des Ereignisses abzuschwächen, sondern entsprangen der Sorge vor einer möglichen Verfälschung seines religiösen Sinnes. Denn es scheint, daß man sich in Rom über die einschneidenden Folgen seiner Veröffentlichung und die Tragweite seiner Wirkungen durchaus klar gewesen ist und daß es von langer Hand vorbereitet und überlegt worden war.

Der Osservatore Romano sprach schon in seinem erwähnten ersten Kommentar vom 17. Juli aus, daß das Dekret gewissermaßen die Zusammenfassung und Krönung einer ganzen Reihe vorausgegangener Warnungen und Maßnahmen gegen die kommunistische Gefahr von seiten der Kurie und des Episkopats verschiedener Länder sei, und führt sie im einzelnen auf. Während dieser ganzen Zeit, so berichtet der NCWC News Service aus Rom, seien beim Heiligen Stuhl Anfragen einzelner Bischöfe und Seelsorger über die Verhaltens- und Verfahrensweise gegenüber den Kommunisten eingegangen. Der erwähnte Korrespondent des „Monde“ sagt dazu noch genauer: „Das Geheimnis, das die Beratungen des Hl. Offiziums umgibt, ist nicht derartig, daß man nicht aussprechen könnte, daß das furchtbare Dekret Gegenstand eines sich schon über mehr als ein Jahr erstreckenden Gedankenaustauschs gewesen ist“; und die im allgemeinen ausgezeichnet informierte Schweizer Zeitschrift „Orientierung“ glaubt versichern zu dürfen, „daß das Dekret schon vor den Angriffen auf Erzbischof Beran fertiggestellt war“.

Man wußte im Vatikan zweifellos, so schreibt die „Orientierung“ weiter, wieviele Gründe sich gegen ein solches Dekret in der konkreten Situation ins Feld führen lassen: „man wußte, welchen Verfolgungen, ja welchem Kampf auf Leben und Tod man dadurch die Katholiken und vor allem die Priester in den unter kommunistischer Vorherrschaft stehenden Ländern aussetzen werde; man wußte, welche Schwierigkeiten daraus, abgesehen von Verfolgung, bei Eheschließungen und Taufen erwachsen könnten — und dabei handelt es sich in diesen Ländern um mehr Katholiken, als ganz Italien zählt! —, man wußte, daß ein solches Dekret zum Bumerang werden kann, der auf das eigene Haupt zurückfällt, wenn ein Massenabfall die Folge ist; man wußte, daß man dadurch dem Argument der kommunistischen Propaganda, der Vatikan sei ein Lakai des Westens, der kapitalistischen und bourgeoisen Mächte, wirksamen Auftrieb und wenigstens den Schein des Rechtes gebe...; man wußte, daß in den Ländern des Westens ein solches Dekret bei sozial rückständigen Katholiken nur zu leicht als ‚Wandschirm‘ für ihr selbstsüchtiges Denken und Handeln und als Ruhekitzel für ihr vom Kommunistenschreck eben erst aufgerütteltes Gewissen benützt wird...; man wußte, daß ein Vergleich mit dem Verhalten des Vatikans gegenüber Faschismus und Nationalsozialismus — nie wurde damals ein solches Dekret erlassen, und wieviele verlangten danach! — die katholische Kirche als parteiisch, als faschistenfreundlich oder doch wenigstens weniger feindlich erscheinen lassen

werde... und trotzdem — man erließ das Dekret“.

Alle diese Gründe gegen die Veröffentlichung des Dekrets sind zweifellos sehr schwerwiegend — man muß also im Vatikan die Unmittelbarkeit und das Gewicht der Gefahren und der Bedrohung, die eine entscheidende Klärung notwendig machten, als noch größer und ernster beurteilt haben. Der Osservatore nennt diese Gefahr offen beim Namen: „Man hat versucht, eine politische Zweideutigkeit zu schaffen“, es lag die Gefahr einer Verwirrung der Gewissen, einer Verdunkelung der Wahrheitsfrage vor, und „eine Verdunkelung der Wahrheit in den Herzen ihrer Gläubigen und vor den Augen der Welt ist — katholisch gesehen — schlimmer als der Tod einzelner und sogar als der Untergang von Kirchenprovinzen“ (Orientierung). In den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang ist die Schaffung einer solchen Verwirrung und einer Aufspaltung des Kirchengewisses die bewußte Taktik Moskaus, wie sie sich in Punkt 2 und 6 der Richtlinien der Tschechoslowakischen Nationalen Front für den Kampf gegen die katholische Kirche ganz deutlich ausspricht: „Auf eine Teilung des hohen und niederen Klerus bedacht sein, einen Keil zwischen den Episkopat und die Geistlichkeit, zwischen den Klerus und die Laien treiben“ und „die religiöse Spaltung ins Volk tragen“. Die Methoden dazu sind — wie der Kirchenkampf in der Tschechoslowakei zeigt — immer mehr entwickelt worden. In den westlichen Ländern ist es das — von den Kommunisten mit ihrer Taktik der „ausgestreckten Hand“ geschickt ausgenutzte — Leiden gerade der Besten und Wachsten an der Ungerechtigkeit des bestehenden Systems und der dringende Wunsch, „die Arbeiter nicht zu verraten“ und „an der Seite der Schwachen und Unterdrückten zu stehen“, was nur zu leicht zu einer Verdunkelung der Wahrheitsfrage und zu einem Übersehen des allumfassenden Charakters der kommunistischen Doktrin verleitet.

Das Dekret selber weist mit seiner — nach der zitierten Meinung römischer Kirchenrechtler ungewöhnlichen — Begründung des Verbotes der Zugehörigkeit oder Förderung kommunistischer Parteien darauf hin, daß die Kurie durch die Tarnung der Kommunisten besonders beunruhigt ist: „Die kommunistischen Führer, auch wenn sie zuweilen mit Worten behaupten, sie bekämpften die Religion nicht, zeigen sich in Wirklichkeit, sei es durch ihre Lehre, sei es durch ihre Handlungsweise, als Feinde Gottes, der wahren Religion und der Kirche Christi“.

Der römische Berichterstatte des „Monde“ faßt die drei grundlegenden Gesichtspunkte, die für den Erlaß des Dekrets nach Meinung römischer Kreise maßgebend gewesen sind, folgendermaßen zusammen:

„1. Außerhalb Italiens kann die Kirche nicht länger ohne Intervention die Verwirrung mit ansehen, die im Gewissen von 47 Millionen polnischer, bulgarischer, ungarischer, rumänischer, tschechoslowakischer, jugoslawischer Katholiken entstanden ist, die aller Verbindung mit Rom beraubt und zwischen ihrem Glauben und einer verderblichen Propaganda hin- und hergerissen sind. Es hat Nachgiebigkeit, Abfall gegeben; es hat vor allem Irrtümer gegeben. Der Papst allein ist dazu da, auf dem Gebiete des Dogmas zu entscheiden. Er sammelt nun seine verstreuten oder verirrtten Schäflein.

2. Im inneritalienischen Bereich bemühten sich die italienischen Kommunisten schon seit langem und nicht ohne einen gewissen Erfolg, die Sympathien der praktizierenden Katholiken der Arbeiterwelt zu gewinnen. Sie tarnen

dazu ihre Ziele. Das Dekret enthüllt sie als atheistische Materialisten. Die Wächter und Verteidiger des Glaubens hatten das Recht dazu. Sie sind zu der Überzeugung gekommen, daß es ihre Pflicht sei.

3. Innerhalb der Kirche selber belegt das Hl. Offizium einige neuerlich entstandene Abweichungen mit Sanktionen. Die mit den Kommunisten zusammenwirkenden christlichen Bewegungen in Europa werden voll von der Verurteilung getroffen, wie es schon früher bei der ‚Action Française‘ der Fall war. Diejenigen, die, das Evangelium in der Hand und sich als orthodox bekennend, Diener der Kirche sein wollten und gleichzeitig von ihr verworfene Soziallehren predigten, müssen jetzt zwischen der katholischen Lehre und der kommunistischen Lehre wählen. Es gibt keinen Mittelweg mehr“.

Damit ist das „Daß“ des Dekretes, seine Opportunität, hinreichend und eindeutig begründet. Über das „Wann“, die Wahl dieses Zeitpunktes, gibt der Osservatore Romano eine ebenso eindeutige Erklärung: „Das Dekret ist eine Folge der Versuche, die hinter dem Eisernen Vorhang unternommen werden, eine neue Kirche zu gründen“. Es sind also die Vorgänge in der Tschechoslowakei, die den Zeitpunkt der Veröffentlichung bestimmt haben. Fraglos hat ja dort die Taktik des kommunistischen Kirchenkampfes, eine Spaltung in das Kircheng Volk zu tragen, mit der Gründung der sogenannten „Katholischen Aktion“ besonders deutliche Methoden entwickelt, wahrscheinlich weil man dort in einem nie ganz erloschenen nationalen Resentiment gegen Rom einen günstigen Boden für den Gedanken einer „National“-Kirche vermutete. Die kommunistierenden christlichen Gruppen des Westens, die bei dem „Daß“ eine, wenn auch vermutlich nicht ausschlaggebende Rolle gespielt haben, haben offensichtlich bei der Wahl des Zeitpunktes weniger bestimmend gewirkt.

#### *Der Kreis der Betroffenen*

Als „bemerkenswert“ wird allgemein in den Pressekommentaren, auch von P. Nell-Breuning, die ausdrückliche Erwähnung der Einschränkung „scienter et libere“ in der Fassung der 3. Frage bezeichnet, obwohl der Grundsatz, daß nur der ein Delikt begeht, der „wissend, was er tut, und in ungezwungener freier Selbstbestimmung“ handelt, doch zu den allgemeinen Grundsätzen des kanonischen Rechts gehört. Hier soll also offenbar besondere Aufmerksamkeit auf die Ausnahmen von den Bestimmungen gelenkt werden. An sich gelten diese Ausnahmen für zwei Gruppen, die Unwissenden und die unter Zwang Stehenden. „Wer sich betrügen ließ durch die Lüge, der Kommunismus sei nicht atheistisch und nicht antichristlich, handelte nicht wissend, was er tat“ (Nell-Breuning). Nach dem Erlaß, der Verkündigung und der ausgiebigen öffentlichen Erörterung des Dekrets wird es freilich mindestens in den westlichen Ländern kaum noch jemand geben, der diese Unwissenheit für sich in Anspruch nehmen kann. Diese Klärung ist ja mit der Sinn des Dekrets. Aber um so bedeutsamer ist und wird die Gruppe derer bleiben, die nicht in ungezwungener freier Selbstbestimmung handeln, also nur unter Druck und Zwang. Zu ihnen gehören zweifellos die meisten, wenn nicht alle Menschen hinter dem Eisernen Vorhang, vor allem aber, wie es sich der römische Korrespondent der „Times“ von einem hohen vatikanischen Gewährsmann erläutern ließ, „die vielen Gläubigen . . . , die Staats- oder Gemeindeangestellte sind oder

die in staatskontrollierten Betrieben arbeiten“. Sie alle werden also, da sie nicht freiwillige Mitglieder sind, nicht von den kirchlichen Strafen betroffen.

Maßgebende vatikanische Gewährsmänner des NCWC News Service unterscheiden drei Personenkreise, die das Dekret angeht:

„Der erste umfaßt im allgemeinen diejenigen Personen hinter dem Eisernen Vorhang, die zur Mitgliedschaft (in einer kommunistischen Partei) gezwungen worden sind; sie gehören zweifellos nicht zu denen, die den Kommunismus ‚mit Wissen und Willen‘ angenommen haben. Selbst wenn sie weiter zur Mitgliedschaft gezwungen bleiben, sind sie von dem Dekret nicht betroffen und können zu den Sakramenten zugelassen werden.

Der zweite schließt alle diejenigen ein, die aus wirtschaftlichen Gründen Mitglieder geworden sind. Man findet im allgemeinen, daß solche Personen in Italien und anderswo in der westlichen Welt unter dem Druck der Verhältnisse zu einer Unterscheidung zwischen dem Glauben und dem Akt des Anschlusses an die Kommunisten aus rein praktischen Gründen gekommen sind. Die Exkommunikation kommt für diese Personen nicht in Frage, aber sie müssen unterwiesen werden; es muß ihnen gezeigt werden, wie sie durch ihre Unterstützung dem antichristlichen Materialismus helfen, und man muß ihnen sagen, daß sie sich vom Kommunismus trennen müssen. Wenn sie hartnäckig bleiben, können sie von den Sakramenten ausgeschlossen werden.

Die dritte Kategorie, die aus denen, die den Lehren des Kommunismus tatsächlich anhängen und besonders aus seinen Führern besteht, die seine Lehren verteidigen und verbreiten, ist die derjenigen, die von dem Exkommunikationsdekret eigentlich betroffen sind“.

Die belgischen und französischen Zeitungen beschäftigen sich naturgemäß lebhaft mit der Frage, wie jene — vorwiegend intellektuellen — katholischen Kreise betroffen sind, die eine starke Neigung zum Kommunismus bis zur tatsächlichen Zusammenarbeit mit ihm gezeigt haben. „Man muß hoffen,“ so sagt die Libre Belgique, „daß das Dekret den katholischen Intellektuellen die Augen öffnet, die die Arbeitermassen zu einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten haben hinüberziehen wollen . . . Sie sind heute vor die Entscheidung gestellt. Das Dilemma, in dem sich ihr Gewissen befindet, läßt ihnen jetzt keinen Ausweg mehr. Es gibt keinen Mittelweg mehr zwischen Unterwerfung und Exkommunikation“. Gleichzeitig warnt aber André Fontaine im „Monde“ davor, die relativ sehr geringe Zahl der zum Kommunismus neigenden oder ihm angehörenden Katholiken mit jenen vorwärts drängenden Kräften zu verwechseln oder zusammenzuwerfen, die man in Frankreich als „Linkskatholiken“ zu bezeichnen pflegt. „Es gibt (im französischen Katholizismus) Tendenzen, die das Schiff (der Kirche) auf der Stelle fest verankern wollen, es gibt solche, die es vorwärts-treiben wollen. Es gibt keine, die es an die gefährlichen Gestade des Kommunismus führen wollen. Viele aber bemühen sich, diese von einer riesigen Menge, die selbst Trägerin einer großen menschlichen Hoffnung ist, bevölkerten Gestade von so nahe wie möglich zu erforschen. Man kann diese Menge nicht mehr übersehen. Und deshalb gibt es so viele Christen, die man als „linksstehend“ klassifiziert, wobei man riskiert, eine Berufung, die in Wirklichkeit sehr viel umfassender ist, politisch abzustempeln“. Er zählt ausführlich auf, wen er damit meint (die meisten der angeführten Namen sind den Lesern der

Herder-Korrespondenz vertraut): E. Mounier, den Herausgeber des „Esprit“, die Gemeinschaft der „Jeunesse de l'Eglise“, die „Mission de France“ und die „Mission de Paris“, die Kreise um „Economie et Humanisme“, das „Mouvement populaire des Familles“ und endlich auch die JOC und die christlichen Gewerkschaften (CFTC). Ja, er hält auch weiter eine bestimmte Zusammenarbeit etwa der christlichen Gewerkschaften oder des MRP mit den Kommunisten, soweit sie auf bestimmte konkrete Ziele beschränkt ist, für möglich. „Ist das nicht genau das, was der verstorbene Erzbischof von Paris als vollkommen legitim zugelassen hat?“. (Weitere französische Stimmen siehe in dem Bericht über die „Semaine Sociale“ in diesem Heft S. 571 f und über die Stellung der Fortschrittlichen Christen in diesem Heft S. 566 ff.)

#### *Kirchenrechtliche Klärungen*

„Die Kanonisten ahnen ja nicht, wie wenig ihre Wissenschaft in der Welt bekannt ist“, schreibt die „Orientierung“ zu der Feststellung einiger Gelehrter, daß das Dekret nichts Neues enthalte und deshalb keine Sensation bedeute. Die Diskussion zeigte denn auch eine weitverbreitete Unkenntnis und Unklarheit über die Begriffe und Vorschriften des kanonischen Rechtes nicht nur in der nicht-katholischen, sondern auch in einem Teil der katholischen Stellungnahmen, so daß mancherlei fachliche Klärungen notwendig waren, von denen einige auch hier festgehalten zu werden verdienen.

Zunächst einmal wurde ziemlich allgemein nicht beachtet, daß das Dekret nicht die Exkommunikation über die Bekenner, Verteidiger und Propagandisten der kommunistischen Lehre verhängte, sondern einfach feststellte, daß sie sich diese nach den Normen des kanonischen Rechtes (über Apostasie, Häresie und Schisma) automatisch (ipso facto) zuziehen. Es handelt sich um eine Strafe *latae sententiae*, die mit der Begehung des Delikts von selber eintritt, ohne daß sie von einem Richter oder Vorgesetzten verhängt zu werden braucht.

Die Exkommunikation ist eine „Zensur“, d. h. keine Vergeltungsstrafe, sondern eine Besserungs- und Beugestrafe. Das heißt, sie gilt nicht für eine bestimmte, festzusetzende Zeit oder gar auf Lebenszeit, sondern der Betroffene hat in dem Augenblick, in dem er sich bessert oder „beugt“, einen zwingenden Rechtsanspruch auf ihre Aufhebung (wenn er auch bei der Absolution mit einer Buße belegt werden kann).

Die Exkommunikation bedeutet den Ausschluß aus der Gemeinschaft der Gläubigen, der Exkommunizierte verliert das Recht auf Teilnahme am Gottesdienst (doch kann bei der vorliegenden Art der Exkommunikation seine passive Teilnahme zugelassen werden), ist vom Empfang der Sakramente ebenso wie von den Sakramentalien (Aussegnung, Brautsegen usw.) und vom kirchlichen Begräbnis ausgeschlossen, hat keinen Anteil an den Ablässen, Fürbitten und öffentlichen Gebeten der Kirche (doch ist das private Gebet für ihn zulässig, auch können *privatim* hl. Messen für ihn appliziert werden, soweit dadurch kein Ärgernis gegeben wird), kann nicht Verwalter kirchlichen Gutes und nicht Pate bei Taufe und Firmung sein und hat kein kirchliches Wahlrecht. Keineswegs aber bedeutet die Exkommunikation den Ausschluß aus der Kirche selbst — wie es ja auch unmöglich ist, aus der Kirche auszutreten. Deshalb bleibt der Exkommunizierte auch den kirchlichen Obern untergeordnet und an die Kirchengesetze gebunden.

In dem vorliegenden Falle der Exkommunikation ist der persönliche Verkehr des Exkommunizierten mit den Gläubigen zugelassen (er ist *excommunicatus toleratus*). Dieser Punkt könnte von Wichtigkeit sein für die Frage, wie weit etwa im gewerkschaftlichen Leben eine gewisse Zusammenarbeit mit den Kommunisten in Bezug auf genau begrenzte Ziele der Verbesserung der Lohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen zulässig ist. Vor dieser Frage steht z. B. der französische christliche Gewerkschaftsbund (CFTC) hinsichtlich der Zusammenarbeit mit der absolut kommunistisch orientierten CGT (vgl. die Meldung „Die französische Gewerkschaft und der Kommunismus“ in diesem Heft S. 541 f). Der Vorsitzende der CFTC hat denn auch nach Erlaß des Dekrets erneut erklärt: „Es kann vorkommen, daß unsere Ziele in Bezug auf begrenzte und bestimmte Punkte mit denen anderer Organisationen übereinstimmen, deren Philosophie ganz anders ist als die unsere. Trotzdem bleibt bestehen, daß wir in allen Fällen im Rahmen unserer Grundsätze und allein im Rahmen dieser Grundsätze bleiben“. Vielleicht sind derartige Erwägungen auch der Hintergrund der in diesem Heft (S. 566 f) abgedruckten Stellungnahme der französischen Fortschrittlichen Christen. Die Absolution von der Exkommunikation wegen Apostasie, Häresie und Schisma ist, worauf auch das Dekret hinweist, dem Hl. Stuhl (Pönitentiarie) in besonderer Weise vorbehalten (man unterscheidet drei Arten der dem Hl. Stuhle vorbehaltenen Zensuren: einfach, in besonderer Weise und in ganz besonderer Weise vorbehaltene). Sie kann also nur von der Pönitentiarie oder allen, die von ihr die Absolutionsvollmacht erhalten haben, ausgesprochen werden.

Die deutschen Bischöfe können (nach Retzbach, Das Recht der katholischen Kirche, 3. Aufl. Freiburg 1947, S. 517 f) nach der ihnen von der Pönitentiarie zugestandenen Vollmacht alle approbierten Beichtväter delegieren, von der durch Apostasie, Häresie und Schisma zugezogenen Zensur sowohl für das *forum externum* wie für das *forum internum* zu absolvieren, und haben wohl im allgemeinen diese Delegation erteilt.

Es werden sich zweifellos gerade auf der Ebene der pfarrlichen Seelsorge bei der Auslegung und der Anwendung der durch das Dekret eingeschärften Bestimmungen noch zahlreiche konkrete Fragen und Schwierigkeiten ergeben, die in den verschiedenen Ländern und in Deutschland in der Ostzone und den Westzonen ganz verschieden gelagert sind und vielfach eine individuelle Behandlung erforderlich machen werden. Die Bischöfe werden dazu Stellung nehmen. Der deutsche und der französische Episkopat haben schon angekündigt, daß sie nach gemeinsamen Beratungen und in Übereinstimmung miteinander solche Weisungen und Auslegungen vornehmen werden. Bis zum Abschluß dieses Berichts lagen noch keine solchen konkreten Weisungen vor. Nur der österreichische Episkopat hat über die „Kathpress“ schon einige Maßnahmen, die er beabsichtigt, angekündigt. Er wird in Auslegung des 2. Punktes des Dekrets eine Liste jener Presseerzeugnisse veröffentlichen, die als kommunistisch oder kryptokommunistisch anzusehen sind; er erwägt, ob auch eine Zeitung, aus deren Gewinn ein bestimmter Anteil der Kommunistischen Partei Österreichs zur Verfügung gestellt wird, unter das Verbot fällt. Er weist darauf hin, daß sinngemäß das Verbot auch auf kommunistische Darbietungen in Film und Rundfunk auszudehnen sei, wenngleich darüber noch bestimmte Weisungen ausstünden. Und er kündigt an, daß in Fällen, wo

kommunistische Funktionäre weiterhin als „Katholiken“ das Wort ergreifen, die Fortführung solcher Täuschungsversuche mit der Veröffentlichung der namentlichen Exkommunikation erwidert werden soll. Zu der Auslegung des Begriffes der Freiwilligkeit bemerkten die Bischöfe, daß im allgemeinen in Österreich der Fall der Verneinung der Freiwilligkeit nicht gegeben sein dürfte, „außer z. B. dort, wo Unternehmen unter kommunistischer Leitung ihre Angestellten zum Beitritt zu kommunistischen Organisationen zwingen und diese, beziehungsweise ihre Familien, im Weigerungsfalle in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht wären“.

„Politisch oder religiös“ — die Meinung der nicht-katholischen Öffentlichkeit

Für die Prüfung der Stellungnahme der nichtkatholischen Weltöffentlichkeit dürfte der Gesichtspunkt entscheidend sein, wieweit sie für den religiös-weltanschaulichen Charakter des Dekrets Verständnis zeigt oder wieweit sie dem Mißverständnis einer politischen Deutung zum Opfer gefallen ist und damit zu jener Fälschung seines Sinnes beigetragen hat, die man in Rom nach dem ersten Widerhall befürchten zu müssen glaubte.

Es ist selbstverständlich, daß die kommunistische und zu einem Teil auch die sozialistische Presse die Veröffentlichung des Dekrets als einen politischen Akt im Dienste des Kapitalismus, als einen Aufruf zu einem Kreuzzug gegen die Volksrepubliken, als Unterdrückung und Knebelung der Gewissen bezeichnete. Diese Polemik und Argumentation brachte wenig Originelles zu Tage; es braucht deshalb nicht näher auf sie eingegangen zu werden.

(Als Kuriosum sei lediglich angemerkt, daß in dem in diesem Heft an anderer Stelle (S. 533 ff) behandelten Flugblatt der Fortschrittlichen Christen Westdeutschlands, das Herr Gerst verfaßt hat, versichert wird, die Fortschrittlichen Christen verkündeten keine ketzerische Lehre und seien deshalb von dem Gesetz aus dem Jahre 1399 nicht betroffen. Wir haben vergeblich herauszufinden versucht, was mit dem Gesetz aus dem Jahre 1399 — während des Pontifikats Bonifaz IX. also — gemeint sein könnte, und aus welchen kirchenrechtlichen und kirchengeschichtlichen Quellen die über dies „Gesetz aus der Zeit der Ketzerverbrennungen“ angestellten Erwägungen wohl hervorgegangen sein könnten. Aber die einfache Lösung ist, daß Herr Gerst die Zitierung des in Punkt 2 der Antwort des Dekrets erwähnten Canons 1399 des CIC nicht verstanden und eine Jahreszahl daraus gemacht hat — was wohl auch das Niveau der Auseinandersetzung in etwa charakterisiert.)

Erwähnenswert ist aber vielleicht eine Überlegung des belgischen sozialistischen Blattes „Peuple“, die eine relative Wirkungslosigkeit des Dekrets voraussagt, weil die Religion im praktischen Leben der Masse des Volkes schon lange keine Rolle mehr spiele und religiöse Mahnungen auf seine tatsächliche Lebensführung und Lebenshaltung keinen Einfluß mehr ausüben. „Nach einem berühmten Wort“, so heißt es dort, „ist die Religion in der modernen Gesellschaft ein Schatten, der uns folgt, aber uns nicht führt. In der Praxis unterscheidet sich das Leben des durchschnittlichen Katholiken nicht wesentlich von dem anderer Bürger. Die Tatsache, daß er und seine Familienmitglieder regelmäßig zur Kirche gehen, daß sie wenigstens einmal im Jahr beichten und kommunizieren,

ist nicht von so großer Wichtigkeit. Den Unternehmer bewegt sein Glaube nicht dazu, seinen Arbeitern auch nur einen Franken Tageslohn mehr zu geben, und die paar hundert Franken Almosen, die er vielleicht der Caritas gibt, sind nur ein paar Strohhalme, verglichen mit dem, was das Volk an Betten dringend braucht... Die Exkommunikation erscheint uns also als ein Anachronismus, als eine Waffe, die ebenso veraltet ist, wie ein Schwert neben einem Maschinengewehr“. Was immer man von der Richtigkeit der Zustandsschilderung halten möge (und die katholische Pastoral nimmt das hier stark übertriebene Phänomen durchaus ernst), hier wird doch der religiöse Charakter der Maßnahme anerkannt. Und es ist ja gerade mit der Sinn des Dekrets, die Bewußtseinspaltung zwischen Glauben und Handeln in diesem extremen Fall zu beseitigen und die Gewissen zu wecken und zu informieren.

Natürlich taucht auch die — vorauszusehende — Argumentation auf, die Kirche habe, nachdem sie gegen die totalitären Systeme des Faschismus und Nationalsozialismus niemals einen derartigen Schritt unternommen habe, sich nunmehr endgültig als Bundesgenossen der Rechten, der Reaktion erwiesen. Am prägnantesten bringt das vielleicht die Schweizer radikale „Nationalzeitung“ zum Ausdruck, wenn sie sagt, die Kirche habe sich als konservative Macht von jeher heftig jedem revolutionären Sozialismus widersetzt und könne mit Recht als Schützerin der reaktionären politischen Strömungen gelten. Seit Pius XI. habe sie sich in ihren Enzykliken gegen die marxistische Doktrin gewandt. Es wäre ihr also kein Vorwurf daraus zu machen, wenn sie sich, ganz ihrer Struktur gemäß, mit Vorliebe den autoritären Systemen zuwende, die sie gegen solche revolutionären Tendenzen verteidigten und auch ihre nicht zu übersehenden zeitlichen Besitztümer schützten.

Man wird dazu zunächst einmal feststellen müssen, daß hier etwa die Enzyklika „Mit brennender Sorge“ und noch manche andere Äußerungen des Lehramtes und der Kurie ziemlich großzügig übersehen werden. Man wird weiter, wie es Eugen Kogon in der „Frankfurter Neuen Rundschau“ in einer Auseinandersetzung mit diesem Argument tut, die konkreten Situationen und vor allem den ganz konkreten, von uns oben dargestellten Ausgangspunkt der Veröffentlichung des Dekrets im Auge behalten müssen, um die Opportunität des Schrittes richtig beurteilen zu können. Der Kommunismus, so argumentiert Kogon, ist eine klare und rationale Lehre, der Faschismus hingegen war ein Wirrwar meist unausgeglichener Vorstellungen. Unter den keineswegs eindeutig geklärten Verhältnissen des nationalsozialistischen Regimes sei der Vatikan nicht gezwungen gewesen, 30 bis 40 Millionen deutscher Katholiken dem offenen Kirchenkampf auszusetzen. Auch in den russischen Satellitenstaaten habe die Kirche gewartet, bis sie durch den Versuch, den Kommunismus in katholischem Gewand, nämlich als imitierte „Katholische Aktion“ zu verbreiten, zu Gegenmaßnahmen herausgefordert worden sei. Das nationalsozialistische Regime sei bei ähnlichen Versuchen über unwesentliche Ansätze nie hinausgekommen.

Aber vielleicht die einfachste Antwort auf diesen Vorwurf wird die sein, daß eben das jetzt erlassene Dekret zeigt, daß der Vatikan aus dem Kirchenkampf mit den faschistischen Systemen gelernt hat, daß er also — wie es der liberale, in Meran unter Mitwirkung des früheren Chefredakteurs der „Frankfurter Zeitung“ erscheinende

„Standpunkt“ ausdrückt — „ein Versäumnis, das er vielleicht einmal auf sich geladen hat, nicht noch einmal wiederholen möchte... Heute mußte die Kurie handeln, wo sie früher abwarten durfte“.

Trotz all dieser zu erwartenden und nicht überraschenden Angriffe, Mißdeutungen und Mißverständnisse kann es aber mit Befriedigung erfüllen, daß die meisten großen, ernsthaften und führenden Zeitungen der Welt die Bedeutung und den Sinn des Dekrets richtig verstanden, wiedergegeben und gedeutet haben. Die Notwendigkeit seiner Veröffentlichung angesichts der konkreten Entwicklung der kommunistischen Methoden in den östlichen Ländern wird allgemein anerkannt. So schrieb die „Times“, die Entschuldigung der Kommunisten, sie wendeten sich nicht gegen die christliche Lehre, sondern nur gegen Roms politische Einmischungsmethoden, sei unhaltbar geworden. „In ihrem Bestreben, den Völkern Osteuropas kommunistische Regierungsmethoden aufzuzwingen, mußten die Satellitenregierungen die kommunistische Lehre verbreiten und kamen dabei in steigendem Maße dazu, alle christlichen Glaubensrichtungen als Hindernisse auf ihrem Wege anzusehen“. Die liberale englische Zeitung „News Chronicle“ stellt fest: „Der Kommunismus, so wie wir ihn heute vor uns sehen, erlaubt keine geteilte Loyalität mehr... Es ist klar, daß wir uns entscheiden müssen... Wenn der Mensch selbst verachtet wird und wenn die Menschen in ihrem Rechte getroffen werden, ihrem Gott zu gehorchen, dann müssen sie aufstehen und kämpfen“. Die den Republikanern nahestehende „New-York Herald Tribune“ schreibt: „Für uns Amerikaner ist die Bedeutung der vom Vatikan getroffenen Entscheidung die, daß sie, ohne noch irgendwelche Täuschungsmöglichkeiten zuzulassen, zeigt, daß eine sich politisch gebende Bewegung so weit in den Bereich des Glaubens und der Moral übergreifen hat, daß sich nun die stärksten geistlichen Sanktionen einer großen religiösen Organisation gegen sie richten müssen“. Sehr entschieden spricht sich die Hamburger Wochenschrift „Die Zeit“ aus: „Als eine Gewissenshilfe muß das päpstliche Dekret verstanden und gewürdigt werden. Wir sind arm geworden an wirklich klärenden Worten, an wahrhaft eindeutigen Handlungen. Und deshalb sollen alle Christen, nicht allein die Katholiken, dem Papst dankbar sein“. Und zu der politischen Bedeutung des Dekrets sagt sie: „... weder ein politischer Anlaß, noch mögliche politische Folgen können das päpstliche Dekret selbst zu einer politischen Entscheidung stempeln. Es bleibt seinem Sinn und Inhalt nach kirchlich und religiös. Hier verkündet ein Hirt seiner Herde eine sehr klare, sehr einfache Wahrheit: ‚Ein Christ kann nicht zugleich Kommunist sein‘. Dies ist zu Christen gesprochen, und es dient der Gewissensklärung, nicht etwa dem Gewissenszwang“.

Daß freilich solche politischen Folgen aus der Logik des totalitären Charakters des kommunistischen Regimes unausbleiblich folgen, zeigt die Freiburger Halbmonatsschrift „Die Gegenwart“ in ihrer Würdigung des Dekrets: „... die Lage in Prag enthüllt von neuem, daß ein totalitäres Regime keine andere Macht neben sich dulden kann, daß auch eine unabhängige ‚rein religiöse‘ Sphäre für ein solches Regime die Gegenmacht darstellt... Was für den Vatikan nur religiösen Sinn hat, kann für die kommunistischen Politiker durchaus von politischer Bedeutung sein... der tschechische Priester, der heute Rom gehorcht, ist in Gefahr, ein Landesverräter zu werden... Herr Togliatti fühlt sich bedroht, wenn das Dekret ihm den erwarteten

Wählerzuwachs aus den Schichten der katholischen Arbeiterschaft abschneidet...“.

Diese politischen Folgen aber können höchstens in einer verschärften Führung des Kirchenkampfes durch die Kommunisten in den östlichen Ländern bestehen, die ja auch tatsächlich eingetreten ist. Sie können keineswegs etwa in einem „Kreuzzug“ der westlichen Mächte gegen den Osten bestehen, von dem nicht nur in der kommunistischen Presse, sondern auch etwas leichtfertig in christlichen Kreisen gesprochen worden ist, und zwar aus dem einfachen Grunde nicht, weil es im Westen keinen Träger politischer und militärischer Macht gibt, der sich und seine Praxis eindeutig mit dem identifizieren könnte, was hinter dem Dekret steht. Darin hat die „Gegenwart“ zweifellos recht, wenn sie sagt: „Der heutige Westen ist aber nicht ohne weiteres christlich, insofern dort die Gleichung zwischen Freiheit und Gerechtigkeit nicht ernsthaft genug gesucht wird, geschweige denn, daß sie gefunden wäre. Ein Kreuzzug gegen den Osten würde sie wahrscheinlich gänzlich in Vergessenheit geraten lassen“. Und der französische Philosoph Etienne Gilson sagt im „Monde“ noch lapidar: „Wollte der Vatikan aber wirklich einen Kreuzzug haben, so wäre das katholische Europa gar nicht vorhanden, das ihn durchführen könnte“.

Deshalb erscheinen auch solche taktisch-politischen Erwägungen zu dem Dekret, wie sie der Kommentator des amerikanischen Columbia Broadcasting System, Richard C. Hottelet, anstellte und wie sie vom NCWC News Service verbreitet wurden, als gänzlich abwegig und der Würde des Anlasses unangemessen. Er sagt: „Die Entscheidung des Vatikans spiegelt vielleicht ein Gefühl wider, daß die taktische Gelegenheit günstig ist, sicherlich überall außerhalb des Sowjetreiches. Die letzten beiden Jahre haben gesehen, wie sich die Würfel gegen den Kommunismus gewandt haben. Der Papst hat unvergleichliche Informationsquellen. Er hat vielleicht Grund zu glauben, daß eine moralische Offensive in diesem Augenblick nicht nur den Westen in einer Zeit wirtschaftlicher Schwierigkeiten stärken, sondern auch den Sturz seines Hauptfeindes beschleunigen könnte“. (Der „Katholische Beobachter“ hat, so sei billigerweise angemerkt, in seiner Wiedergabe des Kommentars diese Stelle weggelassen).

*„Nicht jeder Lobredner des Dekrets kann uns sympathisch sein!“*

Die Äußerung Hottelets spiegelt tatsächlich nicht so sehr das Gefühl des Vatikans als eine verbreitete amerikanische Ansicht über die Weltsituation des Kommunismus wider — über deren Richtigkeit man im übrigen durchaus streiten kann. Und sie spiegelt weiter auch das gute Gewissen nicht nur amerikanischer, sondern auch europäischer Christen wider, das seiner selbst so absolut sicher ist, daß es glaubt, die höchste geistliche Autorität der Christenheit „zur Stärkung des Westens in einer Zeit wirtschaftlicher Schwierigkeiten“ bemühen zu dürfen. Auf sie bezieht sich das in der Überschrift dieses Abschnitts wiedergegebene Zitat aus der „Orientierung“. Es sind die, die nur zu leicht und zu gerne vergessen, daß der stärkste Grund für die Verführbarkeit so vieler Menschen zum Kommunismus und zum Glauben an seine utopischen Verheißungen das Leiden (und das Mitleiden) ist, das aus der Ungerechtigkeit stammt, die unsere, die westliche, Gesellschaft befleckt.

So mag denn diese Übersicht über die Ergebnisse der

Weltdiskussion über das päpstliche Dekret füglich eine Auswahl aus denjenigen Stimmen beschließen, die es zum Anlaß einer Gewissenerforschung über unsere eigenen Sünden und Wiedergutmachungspflichtigen nehmen — nichtkatholischen und katholischen.

„Die westlichen Kirchen,“ so schreibt die „Times“, „sind sich in ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft gegen den Kommunismus einig. Ihr Wirken ist jedoch nicht nur negativ. Sie sind die Hüter einer Lehre, die nicht weniger systematisch ist als der Kommunismus, und ihre Lebensideale sind nicht nur den Marxisten ein Vorwurf, sondern auch ein Aufruf für die Völker der westlichen Demokratien. Die sittliche Kritik der Kirchen an politischen Methoden ist unvermeidlich, und die Strenge dieser Kritik hängt von den Mißständen ab, die zur Debatte stehen. Doch werden die Christen dabei schwerlich je die Erkenntnis außer acht lassen können, daß kein politisches System völlig untadelig ist“.

Das ist sehr maßvoll gesagt, wie es der Würde der „Times“ entspricht, aber es ist doch mit aller Entschiedenheit gesagt. Die Wirkung der Entschiedenheit, mit der die „Gegenwart“ den Schlußabschnitt ihrer Betrachtung über das Dekret versieht, wird vielleicht etwas dadurch gemindert, daß sie ihn polemisch an eine bestimmte Adresse richtet.

„Das jetzt erlassene Dekret“, so heißt es dort, „gibt eine Begriffsklärung; es kann deshalb Verwirrungen in der religiösen Sphäre überwinden helfen und wird besonders da, wo der Katholizismus vom Staat bedroht ist, nützen. Wo aber eine solche Bedrohung nicht gegeben ist, muß dem Dekret ein größerer Anspruch unterlegt werden. Sonst verführt es die Selbstgefälligen, die sich etwas darauf zugute tun, ‚nicht so zu sein, wie jene‘. In Deutschland zumal, wo eine große Partei sich den Beinamen ‚christlich‘ verliehen hat, wird es von ausschlaggebender Bedeutung sein, ob sie das Dekret, das ja fast nur die in unfreiwilliger Armut Lebenden trifft, in ihrer eigenen Arbeit zu nutzen versteht. Ob sie die Mahnung heraushört, das Gebot der Nächstenliebe dadurch zu erfüllen, daß sie die Sorgen um eine soziale Gerechtigkeit als eine kollektive Verpflichtung für die wirtschaftlich Schwachen in die Mitte ihrer Politik rückt“.

Die Stimmen vieler Katholiken stehen diesen Äußerungen an Entschiedenheit mit Fug und Recht nicht nach. Einige französische finden sich an anderer Stelle dieses Heftes (S. 567 und 571 f). Wir zitieren nur noch den Schlußabschnitt des schon öfters erwähnten Artikels der „Orientierung“:

„Wir wollen diese Zeilen nicht beschließen, ohne der Hoffnung Ausdruck verliehen zu haben, daß der Vatikan in einem anderen Punkte sein Vorgehen zur Zeit der faschistischen Bedrohung auch diesmal wiederholen werde. Wie damals der Verurteilung des Kommunismus durch eine Enzyklika eine Verurteilung des Nationalsozialismus durch das Rundschreiben ‚Mit brennender Sorge‘ folgte, so möchte heute dem Dekret über den Kommunismus ein ins Herz treffendes Dekret über die verkehrten Formen des Kapitalismus auf dem Fuß folgen; denn auch hier ist das Gewissen vieler gleich einem stumpfen Messer und das Licht der Wahrheit praktisch verdunkelt, und die Lüge des Kommunismus wird letzten Endes nur dadurch entlarvt werden können, wenn reine Wahrheit heller und klarer den Leib Christi durch- und umflutet, und zwar das Haupt und die Glieder“.

## Die Union der „Fortschrittlichen Christen“ und das Kommunismus-Dekret

Während sich in Deutschland verhältnismäßig wenige Personen vor die Gewissensentscheidung gestellt finden werden, die das Kommunismus-Dekret der Heiligen Offizien-Kongregation schafft, bedeutet es in Frankreich für eine ziemlich große und vor allem eine wichtige Gruppe christlicher Intellektueller und christlicher Arbeiter eine sehr ernste Sache. Wir haben früher schon einmal den Grund angegeben, weshalb die französischen Verhältnisse in diesem Punkte so verschieden von den deutschen sind (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jhg., H. 6, S. 279: „Können Christen mit Kommunisten zusammenarbeiten?“). Die kommunistische Partei ist in Frankreich immer noch das einzige Sammelbecken aller antibürgerlichen, antikapitalistischen Kräfte. Während die übrigen Parteien durch ihre gemeinsame Gegnerschaft gegen den Kommunismus zwangsläufig zu einem Block der sozialen Beharrung (auch wenn sich das Ideal Liberalismus nennt) geworden sind und die erstrebte „Dritte Kraft“ der Mitte sich in dieser gleichen Antipathie gegen den Kommunismus an den Block der Beharrung anzulehnen genötigt fühlte, suchen die um die sozialen Probleme besorgten Christen, wenn es schon nicht möglich scheint, eine wirkliche Machtposition zwischen den Extremen zu halten, lieber die Anlehnung nach links als nach rechts. Auf der Linken, d. h. bei den Kommunisten, sahen sie die die Gesellschaft erneuernden Kräfte, sahen sie die Ansprüche der Armen und Unterdrückten vertreten, sahen sie die Hoffnung eines starken Zukunftsglaubens, und so schien es einer ganzen Anzahl von ihnen richtig, sich im sozialen Kampf an die Seite der kommunistischen Partei zu stellen. Einige wenige gingen so weit, in diese einzutreten, in dem Glauben, sie könnten auf diese Weise am ehesten ihre Anliegen fördern, ohne darum ihren christlichen Glauben verleugnen zu müssen. Die Erinnerung an die Gemeinsamkeit mit den Kommunisten in der Widerstandszeit spielte dabei ihre Rolle und verhüllte ihnen jene hintergründige Abhängigkeit von Moskau, die wir im Osten Deutschlands nur zu gut kennen gelernt haben. Sie haben also einerseits den französischen Kommunismus für etwas anderes als den russischen Kommunismus gehalten und andererseits ihre eigene Kraft, sich dem sozialen Umsturz, den die Kommunisten erstreben, anzuschließen und sich doch zu gleicher Zeit gegenüber ihren atheistisch-materialistischen Ideen immun zu halten, sehr hoch eingeschätzt. Ganz besonders ist die Gruppe der „Union der Fortschrittlichen Christen“ durch diese Haltung und Überzeugung hervorgetreten. Und selbstverständlich ist sie von Anfang an von reaktionären Kräften deswegen angegriffen und auch verleumdet worden. Scharfsichtige Männer der Kirche, wie Kardinal Suhard, haben sie sehr liebevoll und verständnisvoll verwahrt und ihnen die Gefahr ihres Wagnisses sowie die Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen, klar vor Augen gehalten.

### Die Erklärung des Generalsekretärs der Union

Gleich nach der Veröffentlichung des Dekrets haben deutsche Zeitungen mitgeteilt, daß sich die „Union der Fortschrittlichen Christen“ den Entscheidungen des Dekrets unterworfen habe. So einfach ist aber die Sache nun doch nicht, und zwar allein schon darum, weil außer Katholiken auch eine Anzahl Protestanten der „Union“ angehören,